

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
 Vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
 Anzeigen: die Zeile für den ersten Tag im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Wochen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 20. Februar. Aus Anlaß des Ab-
 lebens des Erzherzogs-Feldmarschalls Albrecht von
 Oesterreich-Ungarn fuhr gestern Nachmittag 4
 Uhr der Kaiser gemeinsam mit dem Prinzen
 Heinrich beim österreichisch-ungarischen Botschafter
 von Szögyeny-Marich vor. Der Kaiser und Prinz
 Heinrich gaben ihrer tiefen Trauer über das Hin-
 scheiden des Erzherzogs Ausdruck.

Die von Petersburg kommende und auf
 der Rückreise nach London begriffene Deputation
 des großbritannischen Dragoner-Regiments Scots
 Greys, bestehend aus dem Oberst Welby, dem
 Major Hippulley und dem Kapitän Sobell, war
 gestern, wie bereits gemeldet, von dem Offizier-
 corps des 1. Garde-Regiments zu einem
 Mahle eingeladen, zu welchem auch der Kaiser
 eine Einladung angenommen hatte. Nachdem die
 englischen Offiziere in Begleitung des groß-
 britannischen Militärbevollmächtigten, Oberst
 Swaine, bereits um 12 1/2 Uhr in der Kaiserin
 eingetroffen waren, erschien um 1 Uhr 40 Min.
 der Kaiser, der die Uniform des 1. Garde-
 Dragoner-Regiments angelegt hatte, in Begleitung
 des Prinzen Heinrich, empfangen von dem Prinzen
 Franz von Ratibor, welcher den beurlaubten
 Oberst v. v. Knefelbeck vertrat. An der im
 Speisesaal hufeisenförmig gedeckten Tafel hatte
 der Kaiser den Platz in der Mitte vor der mit
 feinsten Blumen gefüllten silbernen Schale,
 welche die Königin Viktoria dem Regiment ge-
 schenkt hat. Zur Rechten des Kaisers, dem Prinz
 von Ratibor gegenüber, hatte ersterer den Oberst
 Welby Platz zu nehmen gegeben, neben welchem
 Prinz Heinrich saß. An seiner linken Seite zu
 sitzen hatte der Kaiser den Major Hippulley auf-
 geordnet, der wieder den Oberst Swaine zum
 Nachbar hatte. Von den direkten Vorgesetzten des
 Regiments war Niemand geladen, dagegen waren
 die Flügeladjutanten Oberst v. Scholl und Kapitän
 zur See v. Arnim zugegen. Der Kaiser unterließ
 sich mit den englischen Offizieren sehr angelegent-
 lich, erkundigte sich nach ihrem Aufenthalt in
 Petersburg und wünschte ihnen beim Abschied
 eine glückliche Reise. Toaste wurden nicht aus-
 gebracht, auch unterließ wegen der Hoftrauer die
 Tafelmusik.

Die „B. N. N.“ melden: „Der kom-
 mandierende General des 6. Armeekorps, General
 der Artillerie von Lewinski hat dem Kaiser jetzt
 sein Abschiedsgesuch eingereicht und erwartet dessen
 Genehmigung, um dann seine Reise nach Italien
 anzutreten. Man nennt meist mit Bestimmtheit
 den Generalleutnant Bogel von Falkenstein,
 Kommandeur der 5. Division, als den Nachfolger
 General von Lewinski in der Führung des 6.
 Armeekorps, da an maßgebender hoher Stelle be-
 merkt worden sein soll, daß nicht der Erbprinz
 von Meiningen, der ein jüngeres Patent als
 General Bogel von Falkenstein besitzt, sondern
 dieser, als der ältere General, das 6. Armeekorps
 erhalten und die Folge der Anzettelung bei dessen
 Beförderung innegehalten werden soll.“

Die Reichstagskommission zur Vorbe-
 reitung des Segenentwurfs, betreffend die Ge-
 werbe- und Berufsordnung 1895, hat die Vorlage
 in zweiter Lesung mit den beschlossenen Zusätzen,
 der Berufs- und Gewerbeordnung eine Volkszäh-
 lung in demselben Jahre folgen zu lassen, ange-
 nommen und noch eine Resolution gefaßt, der
 Bundesrat solle die Landesregierungen über-
 lassen, gewisse Zusatzfragen über die Verhältnisse
 der Arbeiter zu stellen.

Die Sitzung des Kriegesgerichts, in der
 die Angelegenheit des Zeremonienmeisters von
 Koke zur Verhandlung kommt, wird, dem Ver-
 nehmen der „Kreuzzeitung“ nach, am Donnerstag
 stattfinden.

Die „Berl. Korr.“ schreibt: „Unter der
 Ueberschrift „Eine falsche Tabelle“ wird in der
 „Freiwilligen Zeitung“ vom 19. d. Mts. die An-
 lage 1 der Erläuterungen bemängelt, welche vom
 Staatssekretär des Reichsmarineamts den Forde-
 rung für Schiffenbauten beigelegt worden ist.
 Es muß ohne Weiteres zugegeben werden, daß die
 Tabelle nicht die Gesamtverthe der überseeischen,
 sondern der Ein- und Ausfuhr Deutschlands über-
 haupt enthält. Das ändert aber in der Beweis-
 führung, welcher die Tabelle dient, nichts, denn
 es kommt nicht auf die absoluten Zahlen der
 selben, sondern auf die relativen an, auf das An-
 wachsen der Ein- und Ausfuhr. Unzweifelhaft
 dabei die Handelsflotte betheiligte, ergibt die zweite
 Tabelle. Die erste wird durch Streichen des
 Wortes „überseeischen“ in der Ueberschrift und
 durch Einfügen einer Bemerkung: „Hieron etwa
 66 Prozent überseeisch“ zu berichtigen sein, und
 eine solche Berichtigung wird an zuständiger Stelle
 in Anregung gebracht werden. Es dürfte noch zu
 bemerken sein, daß selbst auf dem statistischen
 Amte die Ein- und Ausfuhr nicht in solche über
 Land und solche über See getrennt geführt wird,
 daß daher auch das Reichsmarineamt sich nicht
 hätte anmaßen können, eine Trennung eintreten
 zu lassen.“

Mit dem Ende des Jahres 1894 blühte
 das Reichs-Versicherungsamt auf eine Thätigkeit
 zurück, die sich auf 10 Jahre erstreckt hatte. Das
 Reichs-Versicherungsamt wurde früher als die
 Berufsgenossenschaften, die erst mit dem 1. Oktober
 1885 ihre Funktionen antraten, eingerichtet, weil
 die Durchführung des Unfallversicherungsgesetzes
 vom 6. Juli 1884 die Thätigkeit der obersten
 Instanz notwendig machte. In den zehn Jahren
 seines Bestehens ist das Amt ganz beträchtlich ge-
 wachsen. Im Jahre 1884 belief sich die Zahl
 der in ihm beschäftigten Personen auf 27, im
 Jahre 1886, dem ersten Volljahre der berufsgen-
 ossenschaftlichen Thätigkeit, auf 69 und im Jahre
 1894 auf nicht weniger als 413. Seit 1886 sind
 ja die verschiedenen Unfallversicherungsgesetze, wie
 die über die landwirtschaftliche, die See- und
 Tiefbauversicherung u. s. w. in Kraft getreten,
 Anfang 1891 auch das Invaliditäts- und Alters-
 versicherungsgesetz, aber auch seit 1891 ist bis auf
 die nichtständigen Mitglieder und die nichtstän-
 digen Beamten die Zahl sämtlicher Kategorien
 der im Reichs-Versicherungsamt beschäftigten Per-
 sonen beträchtlich gestiegen und zwar zusammen
 um mehr als 100. Die Zunahme des Personals
 des Reichs-Versicherungsamtes ist natürlich durch
 die Ausdehnung seines Geschäftskreises bedingt.
 Leider auch durch die Zunahme der Unfälle. Wie
 wenig erfreulich es auf diesem Gebiete aussieht,
 erkennt man am besten daraus, daß in den fünf
 Vierteljahre 1885/86 bei den gewerblichen Be-
 rufsgenossenschaften auf 1000 versicherte Personen
 286 entzündungsberechtigte Verletzte kamen, im
 Jahre 1893 aber, dem letzten, für welches eine

berichtigte Berechnung vorliegt, 603. Die Zahl
 der entzündungsberechtigten Unfälle hat sich dem-
 nach in einem Zeitraum von acht Jahren auch
 relativ mehr als verdoppelt. Es sprechen ja, wie
 wir wohl wissen, bei dieser Zunahme die ver-
 schiedenen Gründe mit, zu einem nicht geringen
 Theile aber auch der, daß das Reichs-Versicherungs-
 amt durch seine Rechtsprechung selbst denjenige
 Unfällen Entschädigungen verschafft, welche die
 Erwerbsfähigkeit des Verletzten, soweit dieselbe
 in seinem Verdienst zum Ausdruck gelangt, nicht im
 Mindesten beeinträchtigen. Das Reichs-Versiche-
 rungsamt hat gewiß in seiner zehnjährigen
 Thätigkeit außerordentlich segensreich gewirkt und
 verdient dafür allerseits die höchste Anerkennung,
 vielleicht aber wäre es für die Arbeiter selbst besser
 gewesen, wenn der zuletzt erwähnte Grundsat in
 seinen Entscheidungen nicht zum Vorschein ge-
 kommen wäre. Es muß nun auf andere Weise
 gesucht werden, für die in Folge dessen unter der
 Arbeiterschaft hervorgerretenen Uebelstände Abhilfe
 zu schaffen.

Den Invaliditäts- und Altersversicherung-
 anstalten ist es bekanntlich im Unterschied von den
 Berufsgenossenschaften gestattet, einen Theil ihres
 Vermögens auch in Grundstücken anzulegen. In
 Folge dessen widmet ein großer Theil dieser An-
 stalten dem Bau von Arbeiterwohnungen seine
 Aufmerksamkeit. Bis zum Ende des Jahres
 1894 sind zu dem Bau solcher Wohnungen bereits
 5741 125 Mark von den Versicherungsanstalten
 gewährt und zwar 3350 819 Mark innerhalb der
 Grenzen der Wilmersdorfer- und 2390 306 Mark
 über diese Grenze hinaus. Ferner ist ein Betrag
 von mehr als einer Million Mark zu gleichen
 Zwecken bereit gestellt. Man erhebt daraus,
 daß der Gedanke, welchen die verbündeten Re-
 gierungen in den Motiven zum Invaliditäts-
 und Altersversicherungsgesetzentwurf seinerzeit
 ausgesprochen haben, bei den Versicherungsanstalten
 auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Eine kürzliche Mittheilung der „Polit.
 Korresp.“ über die Angelegenheit des Seefahrer-
 rechts war etwas unklar gehalten. Die Korre-
 spondenz schreibt daher jetzt:

„Auf Grund der von der maritimen Kon-
 ferenz in Washington im Jahre 1889 gefaßten Be-
 schlüsse hat die großbritannische Regierung den
 Entwurf eines einheitlichen Reglements zur Ver-
 bütung von Schiffsunfällen auf der See
 ausarbeiten lassen, denselben den anderen Mächten,
 darunter auch Oesterreich-Ungarn, zur Annahme
 empfohlen und den 1. März 1895 als Zeitpunkt
 für das Inkrafttreten vorgeschlagen. Die öster-
 reichisch-ungarische Regierung trug kein Bedenken,
 sich dem Antrage Großbritanniens anzuschließen,
 da man auch in Oesterreich-Ungarn den Bestand
 einheitlicher Vorschriften im Interesse der Sicher-
 heit der Seeschifffahrt für wünschenswerth erachtet,
 und wurde demgemäß seitens Oesterreich-Ungarns
 das gleiche Datum für die Wirksamkeit des Regu-
 lations in Aussicht genommen. Inzwischen kam
 die Nachricht, daß die englische Regierung mit
 Rücksicht auf die Fortdauer der Verhandlungen
 mit anderen Staaten den Zeitpunkt des Inkraft-
 setzens seines Reglements verschoben habe, was
 auch die österreichisch-ungarische Regierung, welche
 von Anfang an der Ansicht war, die betreffenden
 Bestimmungen seien nicht früher zu aktivieren, als
 bis dieselben in Großbritannien und in den anderen
 Seestaaten ins Leben treten würden, zu einem
 gleichen Beschluß veranlaßte.“

Ueber den Zustand des Kreuzers „Falke“,
 der zeitweilig von Samoa abgerufen ist, und des
 Kreuzers „Bussard“ theilt die „Nordd. Allg. Ztg.“
 noch Folgendes mit:

„Bei der letzten fortirten Probefahrt, die
 jedes Schiff in regelmäßigen Zwischenräumen an-
 zustellen hat, um sich von der vollen Leistungsfähig-
 keit seiner Kessel zu überzeugen, haben sich
 Uebungen in den Kesseln des „Falke“ gezeigt, deren
 Ursachen noch der Feststellung bedürfen, die aber
 durchaus nichts Ungeheuerliches sind. Bis die
 Reparaturen ausgeführt sind, ist Vorstich im Ge-
 brauch der Kessel erforderlich. Ueber „Bussard“
 wird geschrieben, er habe in den letzten Jahren
 eine schwere Havarie erlitten, indem das Schiff
 in einem Sturm nahezu zum Wrack wurde, weil
 es die gesamte Takelage verloren habe. Diese
 Version gründet sich auf die Mittheilungen in
 dem Privatbrief eines Matrosen, der ein kleines
 Vorkommniß zu einer großen Geschichte auf-
 gekauft hat. Thatsache ist, daß die Vorkam-
 mern des „Bussard“ gebrochen, daß aber der
 Schaden auch sofort repariert worden ist. Eine
 weitere Reparatur ist also nicht nöthig. Das
 Schiff hat in Folge dessen auch seine Leistungsfähig-
 keit zurückgefunden. Selbstverständlich können die beiden
 Kreuzer nicht immer in Asia sein, sondern müssen
 von Zeit zu Zeit auch die anderen Inseln anlaufen,
 auf denen Deutsche wohnen.“

Strasbourg i. E., 19. Februar. Der
 Landesausschuß setzte heute die zweite Lesung des
 Etats fort. Beim Titel: Gewerbesteuer be-
 stimmte der Abgeordnete Hoeßel die Anstellung
 weiblicher Gewerbeinspektoren. Der Bürgermeister
 Bach von Strasbourg führte aus, daß für das
 Gewerbe, namentlich für das Kleingewerbe im
 Vergleich zur Landwirtschaft nicht genug getan
 werde. Beim Etat der indirekten Steuern wies
 der Abgeordnete Klemm, Kreisdirector von Hage-
 nau, auf die unverhältnismäßige Belastung des
 Grundbesitzes gegenüber dem mobilen Vermögen
 und regte eine Ermäßigung der Transaktions-
 gebühren für Liegenschaften und die Deckung des
 Ausfalls durch progressive Erbschaftsteuer an.
 Dieser Gedanke wurde jedoch sowohl seitens
 der Regierung als auch seitens des Hauses zurück-
 gewiesen.

Oesterreich-Ungarn.

Die österreichische Marine hat durch die
 kürzlich erfolgte Uebernahme des gepanzerten
 Kreuzers „Kaiserin und Königin Maria Theresia“
 einen sehr werthvollen Zuwachs erhalten. Das
 Schiff ist 106 Meter lang und 16 Meter breit,
 das Displacement beträgt 5270 Tons, die Ge-
 samtleistung der beiden liegenden Maschinen mit
 dreifacher Expansion 10 000 i. e. Die in den
 Monaten Oktober und November v. J. durchge-
 führten Probefahrten haben gezeigt, daß das Schiff
 mit Leichtigkeit bei natürlichem Zug während
 einer sechsständigen Fahrt 17 Seemeilen in der
 Stunde zurücklegt, bei der höchsten Maschinen-
 leistung von 10 300 i. e. erlangte das Schiff eine
 Geschwindigkeit von 19,90 Knoten. Das Panzer-
 deck erstreckt sich über die ganze Schiffslänge,
 Panzerbecken sind unter das Batteriedeck, Zitadelle,
 Seitenpanzer erstreckt sich von der Batterie bis
 zum Heck und ist unter das Batteriedeck. Zitadelle,
 Seitenpanzer und Thurmpanzer sind durchgehends
 100 Millimeter stark und bestehen aus gehärtetem

Stahlplatten. Dieser Panzer ist genügend stark,
 um das Eindringen der Geschosse von kleinlichen
 Schnellfeuerkanonen und Granaten mit
 brillanten Sprengladungen, von welchen besonders
 die letzteren für gewöhnliche Panzerschiffe geradezu
 verhängnisvoll werden können, in die betreffenden
 Schiffsräume zu verhindern. Die Armierung des
 Schiffes besteht aus zwei Kruppischen 24 Zenti-
 meter-Geschützen, acht Kruppischen 15 Zenti-
 meter-Schnellfeuerkanonen, zwölf 47 Millimeter-Schnell-
 feuerkanonen L/44, sechs 47 Millimeter-Schnell-
 feuerkanonen L/33, zwei 7 Zentimeter-Stahl-
 bronzekanonen und aus zwei 8 Millimeter-Mitrail-
 leusen. Von den beiden Hauptgeschützen ist das
 eine vorne, das andere achtern in den Batterie-
 thürmen durch eine Panzerschild gedeckt, installirt.
 Im Uebrigen sind die Geschütze so vertheilt, daß
 in der Richtung nach vorne ein 24 Zentimeter-
 Geschütz, vier 15 Zentimeter-Schnellfeuerkanonen
 und zehn 47 Millimeter-Schnellfeuerkanonen
 feuern; in der Richtung nach achtern sind ein
 24 Zentimeter-Geschütz, vier 15 Zentimeter-
 Schnellfeuerkanonen vermontirt. Für das Breit-
 seitefeuer stehen je zwei 24 Zentimeter-Geschütze, vier
 15 Zentimeter-Schnellfeuerkanonen und neun 47
 Millimeter-Schnellfeuerkanonen zur Verfügung.
 Die Mittheilungen aus dem Gebiete des See-
 wesens sprechen sich sehr günstig über diesen
 neuen Panzerkreuzer aus, er ist nicht viel größer,
 aber bedeutend stärker und besser armirt als die
 beiden geschützten Kreuzer „Kaiser Franz Josef“
 und „Kaiserin Elisabeth“.

Acros, 19. Februar. Unter den hier einge-
 gangenen Velleidenschaftungen befinden sich in
 herzlichem Tone gehaltene Telegramme des deut-
 schen und des russischen Kaiserpaars, der Zar-
 inen und des italienischen Königspaars.

Schweiz.

Bern, 19. Februar. Die nationalrätliche
 Kommission beschloß mit fünf gegen drei Stimmen
 die Einführung des Bundesmonopols für die
 Fabrikation von phosphorfreien Zündhölzchen be-
 hufs Vermeidung der Verkehr (Art Knochenfäulnis;
 Verunreinigung der Phosphorabfälle).

Der Vorstand des Schweizerischen Bauern-
 bundes beschloß, an der Eisenbahnverkürzung
 mitzuwirken.

Niederlande.

Amsterdam, 18. Februar. (Voss. Ztg.) Es
 ist interessant zu beobachten, wie die Agrarier
 überall nach dem gleichen Recepte vorgehen, um
 die Einführung hoher Kornzölle der Bevölkerung
 mündig zu machen. Sie selbst gefaßt sich
 in der Rolle der Unmündigkeit und stellen
 nicht das eigene Interesse, sondern das des kleinen
 Bauers in den Vordergrund. Sie rechnen an
 den Fingern heraus, daß dieser unfehlbar zu
 Grunde gehen müsse, wenn der Staat nicht die
 Konkurrenz des ausländischen Getreides lahm lege.
 Seit Jahren wurde diese Forderung von den fast
 ausschließlich der ultramontanen Partei ange-
 hörigen Vorführern des Schutzsystems als
 selbstverständliches Axiom verstanden und der Ab-
 geordnete Vahlman hat nun in der That einen
 Antrag bei der zweiten Kammer eingebracht. Und
 was stellt sich nun heraus? Fast alle land-
 wirtschaftlichen Vereine, vor allem diejenigen in
 Friesland, Nordbrabant und Limburg, also den
 Provinzen, in denen der Schutz am ehesten die
 meisten und begeisterten Anhänger zählt, haben
 sich gerade mit Rücksicht auf die Verhältnisse der
 Kleinbauern in der entscheidenden Weise gegen die
 Einführung von Getreidezöllen ausgesprochen,
 weil diese in Folge der Vieh- und Milchwirt-
 schaft, zu der sie wegen des fortwährenden
 Sinkens der Getreidepreise übergegangen sind,
 Jahr aus Jahr ein Getreide kaufen müssen, so
 daß also Getreidezölle nur den großen Grund-
 besitzern zu Gute kommen würden. Da überdies
 sowohl die Regierung, wie die Mehrheit der
 zweiten Kammer sehr entschieden auf freihänd-
 lischen Boden stehen und von Zugeständnissen an
 die entgegengegesetzte Richtung nichts wissen wollen,
 so ist auch an eine Ueberwindung des bisherigen Zu-
 standes nicht zu denken; ja es hat sich neuerdings
 gezeigt, daß selbst einige ultramontane Abge-
 ordnete Gegner der Getreidezölle sind. Daher
 ist es auch begreiflich, wenn ultramontane
 Blätter über die Zerfahrenheit ihrer eigenen Par-
 tei klagen und das deutsche Zentrum als leuchten-
 des Vorbild hinstellen, wobei sie natürlich die
 im Schooß des letzteren bei jeder Gelegenheit zu
 Tage tretenden Gegensätze ihren Lesern wohlwöl-
 lig verschweigen. Bei dieser Gelegenheit möge
 noch darauf hingewiesen werden, daß die meisten
 liberalen Blätter hier zu Lande die Umsturzpo-
 litik im deutschen Reichthum mit unverhohlener
 Freude begrüßen, nicht etwa, weil sie der Ueber-
 zeugung wären, daß durch diese die Bestrebungen
 der Sozialdemokratie in den gehörigen Schranken
 gehalten würden, sondern weil sie die Möglichkeit
 genähert, freidenkenden Gelehrten und Professoren
 einen Ankehl anzulegen und fernerhin auch die rein
 wissenschaftlich gehaltenen Angriffe gegen die katho-
 lische Kirche unmöglich zu machen.

Belgien.

Brüssel, 19. Februar. Die Polizei verhaftete
 7 italienische Anarchisten, in deren Besitz Spreng-
 stoffe gefunden wurden. Vier andere konnten
 rechtzeitig flüchten.

Frankreich.

Paris, 17. Februar. Die französischen
 Blätter sehen sich genöthigt, scharf geäußerte Fülle
 von Solbatenhandlungen aus Sicht zu ziehen,
 die sich innerhalb ihrer Landesgrenzen, nämlich in
 Dijon, vor Kurzem zugetragen haben. Seit
 einiger Zeit kamen außerordentlich häufige Todes-
 fälle unter den Soldaten jener Garnison, nament-
 lich beim 27. Infanterie-Regiment vor, welche, so
 hieß es anfänglich, eine Folge der überaus kalten
 und nassen Witterung gewesen sein sollten. Dies
 ist, wie sich inzwischen herausgestellt hat, durch-
 aus richtig, nur daß dabei die Vorgesetzten, d. h.
 die Offiziere und noch mehr die Ärzte des Regi-
 ments die Hauptschuld trifft. Wenn nämlich die
 Unbilden der Witterung als direkte Todesursache
 angesehen werden können, so sind doch die höheren
 Offiziere insofern für jene traurigen Vorkommnisse
 verantwortlich zu machen, als sie die Mann-
 schaften in Regen, Schnee und Kälte stundenlang
 Wache machen ließen, sie in jeder Hinsicht über-
 anstrengten und sie, was die Kleidung anbelangt,
 in ganz mangelhafter Weise gegen die Witterungs-
 einflüsse schützten. So z. B. mußten die Vor-
 posten anauernd im Schnee liegen, und wenn die
 Leute sich dann heftige Entzündungen zugezogen
 hatten, wurden sie von den Regimentsärzten als

gesund fortgeschickt und mit Strafen wegen Si-
 mulans bedroht. Nachdem auf diese Weise eine
 Anzahl Soldaten, unter anderen auch ein Char-
 gierter, dem strengen Winter und den nicht minder
 strengen Vorgesetzten zum Opfer gefallen war, er-
 eignete sich endlich ein Fall, der in der Gesam-
 theit berechtigtes Aufsehen erregte und daher
 endlich den Kriegsminister zum Einschreiten ver-
 anlaßte. Der 30-jährige Kunstakademie Henri
 Petrot war als ferngejunger junger Mann in das
 27. Regiment eingetretten, zog sich jedoch in Folge
 der oben beschriebenen Behandlung eine starke Er-
 kältung zu, die sich mehr und mehr verschlimmerte,
 so daß sein leidender Zustand auch äußerlich sicht-
 bar wurde. Trotzdem wagte der junge Mann
 nicht, den Arzt aufzusuchen, da er fürchten mußte,
 als Simulant bestraft zu werden. Schließlich
 trieben ihn seine in Dijon wohnenden Verwandten
 dringend, sich krank zu melden, welchem Wunsch
 Petrot nach langem Zögern auch nachkam.
 Wie er vorausgesehen hatte, erklärte ihn der
 Regimentsarzt für vollkommen gesund und verbot
 ihm, unter Androhung von Strafe, sich ein zweites
 Mal krank zu melden. Der Bedauernswürthe
 fuhr also fort, seinen Dienst zu thun, brach aber
 am 6. Februar beim Exercieren ohnmächtig zu-
 sammen, so daß er vom Plage getragen werden
 mußte. Am Tage nach diesem Unfälle meldete
 Petrot sich von Neuem beim Doktor, der ihn
 jedoch wiederum zurückwies und ihm beiläufig den
 Rath gab, sich der Schiffschöpfen setzen zu lassen.
 Völlig erschöpft, vom Fieber verzehrt, unfähig, sich
 aufrecht zu halten, begab der Kranke sich auf seine
 Stube und legte sich ins Bett. Bald darauf, es
 wird nicht gesagt, ob am selben Tage oder am folgen-
 den, starb Petrot an Bräunfellenzündung. — Nun
 schlugen die Blätter Alarm, und der Kriegsminister
 ließ sich genöthigt, einen Inspektionsarzt aus Paris
 nach Dijon zu entsenden und zu beauftragen, den
 Fall genau zu untersuchen, zu welchem Zwecke er
 ihn mit weitgehenden Vollmachten ausstattete.
 Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen,
 doch soll sie bereits das Eingangs festgestellte Re-
 sultat ergeben haben, daß lediglich die Vorgesetzten
 und Ärzte des Regiments für die abnorme
 Sterblichkeit der Soldaten verantwortlich zu machen
 wären.

Paris, 19. Februar. In der Deputirten-
 kammer brachten die Deputirten des Departements
 Côte d'or eine Interpellation betreffend den Ge-
 sundheitszustand der Garnison von Dijon ein und
 verlangten eine Untersuchung, um die Verantwort-
 lichen der betreffenden Behörde festzustellen.

Der Kriegsminister General zur Linden er-
 widerte, es habe unter der Garnison eine an-
 scheinende Grippe geherrscht, die 18 Opfer gefordert
 habe; die Krankheit sei jetzt im Abnehmen. Die
 Regierung wünsche vor allem das Wohlergehen
 der Soldaten und werde eine genaue Unter-
 suchung vornehmen lassen. Hierauf wurde eine
 Tagesordnung zu Gunsten der Untersuchung an-
 genommen.

Kaiser Franz Josef von Oesterreich hat vor
 seiner Abreise von Kap Martin folgendes Tele-
 gramm an den Präsidenten der französischen Re-
 publik gerichtet: „Die traurigen Nachrichten, welche
 ich über den Zustand des Erzherzogs Albrecht er-
 halten habe, zwingen mich, meinen Aufenthalt im
 Exil abzukürzen. Im Augenblick, da ich Kap
 Martin verlasse, beilebe ich mich, Ihnen zu sagen,
 daß ich, wie früher, an meinen Aufenthalt in
 Frankreich eine recht angenehme Erinnerung be-
 wahre werde. Der herzliche und gastfreundliche
 Empfang, den ich gefunden habe, hat mich tief
 gerührt; ich bin dankbar für die Bemühungen,
 die gemacht worden sind, um mir den Aufenthalt
 angenehm zu machen.“ Präsident Felix Faure
 hat darauf geantwortet: „Gleichzeitig mit dem
 Telegramme Ew. Majestät erhalte ich die Nach-
 richt von dem Tode des Erzherzogs Albrecht. Ich
 nehme lebhaften Theil an dem schmerzlichen Ver-
 lust, den Ew. Majestät in der Person Ihres
 erlauchten Verwandten erlitten haben. Indem ich
 das schmerzliche Ereigniß, welches Ihren Aufent-
 halt in Frankreich auf so traurige Weise unter-
 bricht, beklage, bleibe mir nur übrig, Ihnen mein
 herzlichstes und tiefes Mitgefühl auszudrücken.“

Italien.

In Rom weilt gegenwärtig der englische
 Kardinal Vaughan, um dem Papst über die dem-
 selben sehr am Herzen liegende Frage einer Wieder-
 vereinigung der anglikanischen mit der katholischen
 Kirche zu berichten. Nach einer der „Pol. Korr.“
 aus Rom zugehenden Meldung hat nun der
 Papst den Kardinal Vaughan beauftragt, über die
 Frage eine Denkschrift auszuarbeiten. Es heißt,
 der Kardinal vertritt in dem Bericht, mit dessen
 Abfassung er eben beschäftigt ist, die Ansicht, daß
 sich wohl eine Vermehrung der Bekehrungen von
 Angehörigen der anglikanischen Kirche zum Katho-
 lizismus bewirken lassen könne, die Möglichkeit
 jedoch, einen Anstoß an die römische Kirche in
 größerem Umfang herbeizuführen, angesichts der
 Richtung und Gemüthsart der Mehrheit des
 anglikanischen Klerus und des anglikanischen
 Episcopats für ausgeschlossen erachtet werden
 müsse.

Rom, 19. Februar. Der Gemeinderath ge-
 nehmigte in seiner gestrigen Sitzung den zwischen
 dem Sindaco und dem deutschen Botschafter am
 Sonnabend unterzeichneten Vertrag, nach welchem
 die Gemeinde Rom auf alle auf Grund des Vor-
 laufsrechtes seit 40 Jahren aufrecht erhaltenen
 Ansprüche an den Besitz der Botschaft verzichtet
 und ein Stück des hinter dem Palazzo Caffarelli
 gelegenen Gartens Motanari gegen den im Besitz
 der Botschaft befindlichen Palazetto Clementino
 abtritt.

Großbritannien und Irland.

London, 19. Februar. Der Ministerrath ist
 plötzlich einberufen worden und hält gegenwärtig
 eine Sitzung; dieselbe sollte ursprünglich am
 Donnerstag stattfinden. Die „Exchange Telegraph
 Company“ will wissen, daß Lord Rosebery den
 Ministerrath wegen der geringen Majorität, die er
 im Kabinett gestern erhielt, berufen hat.
 Im Unterhause theilte der Parlamentsunter-
 staatssekretär des Auswärtigen, Grey, mit, auf das
 Establishment der Nigergesellschaft zu Vassa sei
 von einer großen Zahl Eingeborener aus Brach
 in Verbindung mit anderen Stämmen ein Angriff
 gemacht worden, wobei mehrere Eingeborene und
 Angehörige der Gesellschaft getödtet wurden. Von
 den Europäern habe keiner das Leben eingebüßt;
 aber zwei Polizeibeamte der Gesellschaft seien
 schwer verwundet worden. Die Gerichte, daß
 Angriffe auf Brach, welches eine ausreichende Gar-
 nison habe, beabsichtigt seien, könnten keine Bestäti-
 gung; der englische Kommissar verfolge über eine

stüchtige Polizeitruppe und werde durch einen Theil
 des anwesenden westafrikanischen Geschwaders und
 durch die Truppen der zernierten Schiffe der
 Nigergesellschaft unterstützt. Der Generalpost-
 meister Morley erklärte, er und der Staatssekretär
 des Innern erwägen sorgfältig die Frage der Ver-
 hinderung einer Verödung von fremden Vortrie-
 Annoncen durch die Post. Eine Entscheidung in
 dieser Angelegenheit sei noch nicht getroffen.

Der Parlaments-Unterstaatssekretär des Ko-
 lonialamts, Burton, erklärte, der Bau von Eisen-
 bahnen in den westafrikanischen Kolonien werde
 sorgfältig erwogen. In Sierra Leone und an der
 Goldküste seien Vermessungen erfolgt und in Lagos
 fanden solche gegenwärtig statt. Falls die Aus-
/>

